

Für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik!

Frankfurt: Die Teilnehmenden der Fachtagung „Bildung statt Abschiebung“ haben heute eine Resolution für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik verabschiedet. Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Hessen und auf Bundesebene schlagen die Unterzeichnenden Alarm: Die derzeitige Abschiebepraxis verlasse zunehmend den menschenrechtlichen Konsens, auf dem die Bundesrepublik nach dem Ende der NS-Herrschaft aufgebaut wurde.

„Kinder und Jugendliche haben – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – ein Recht auf Bildung. Dieses Recht darf nicht relativiert oder politisch instrumentalisiert werden“, erklärte **Lea Rosenberg**, Migrations- und Flüchtlingsreferentin beim Paritätischen Hessen. „Wer gut integrierte junge Menschen aus Schule oder Ausbildung reißt, zerstört nicht nur individuelle Lebensperspektiven, sondern auch gesellschaftliches Vertrauen.“

Enis Gülegen, Vorsitzender des Landesausländerbeirats, kritisierte das Vorgehen von Bundes- und Landesregierung: „Wir erleben zunehmend Maßnahmen, die mindestens an der Grenze zur Rechtswidrigkeit operieren. Das betrifft Zurückweisungen an den Grenzen ebenso wie die Praxis im Umgang mit Duldungen sowie geplante Überwachungsmaßnahmen, die mit dem Grundgesetz unvereinbar sind. Rechtsstaatlichkeit darf nicht von politischen Stimmungen abhängig gemacht werden.“

Auch aus schulischer Praxis kommt deutliche Kritik. **Thilo Hartmann**, Vorsitzender der GEW Hessen, warnt vor den bildungspolitischen Folgen: „Wenn Förderstrukturen gekürzt und gleichzeitig Abschiebungen aus laufenden Schul- oder Ausbildungsverhältnissen vollzogen werden, sendet das ein fatales Signal. Schulen brauchen Verlässlichkeit – für Lehrkräfte wie für Lernende. Integration gelingt durch Bildung, nicht durch Ausgrenzung.“

Die Resolution versteht sich als klarer Appell an Landes- und Bundespolitik, Menschenwürde, Rechtsstaatlichkeit und das Recht auf Bildung uneingeschränkt zu gewährleisten.

Klare Forderungen an Politik und Behörden

Die Resolution formuliert vier zentrale Forderungen:

1. Ein Ende der integrationsfeindlichen Abschiebepraxis – insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in schulischer oder beruflicher Ausbildung.
2. Die uneingeschränkte Umsetzung bestehender Bleiberechtsregelungen.
3. Die konsequente Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Einzelfallberatungen für Migrant*innen in Hessen.
4. Keine Abschiebung von Kindern und Jugendlichen aus Kita, Schule oder Ausbildung.

Kontakte:

Thilo Hartmann, Vorsitzender der GEW Hessen, thartmann@gew-hessen.de,

Lea Rosenberg, Referentin Flucht und Asyl, Migration Paritätischer Hessen, lea.rosenberg@paritaet-hessen.org,

Enis Gülegen, Vorsitzender des Landesausländerbeirats, eguelegen.kav@gmail.com

Andreas Lipsch, Leiter des Ressorts Flucht, interkulturelle Arbeit, Migration der Diakonie Hessen, andreas.lipsch@diakonie-hessen.de

Timmo Scherenberg, Geschäftsführung Hessischer Flüchtlingsrat, hfr@fr-hessen.de

Sunena Akbar, Mitglied der Landesschüler:innenvertretung Hessen, sunena.akbar@lsv-hessen.de

Das hessische Bündnis "Bildung statt Abschiebung" hat sich im Dezember letzten Jahres gegründet. Es setzt sich für ein Ende der integrationsfeindlichen Abschiebep Praxis in Hessen ein. In einer Resolution fordert das Bündnis, keinerlei Abschiebung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen aus Kita, Schule oder Ausbildung vorzunehmen. Zu den Gründungsorganisationen gehören die [Landesschüler:innenvertretung](#), die [Diakonie Hessen](#), der [Paritätische](#) Hessen, der Hessische [Flüchtlingsrat](#), der [Landesausländerbeirat](#) sowie die [Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft \(GEW\)](#). Die Forderungen des Bündnisses werden inzwischen von über 900 weiteren Organisationen und Einzelpersonen unterstützt.

Unten folgt der Wortlaut der Resolution:



2. Bündniserklärung: Für eine humane und bildungsorientierte Migrations- und Flüchtlingspolitik

4. März 2026

Verabschiedet von den Teilnehmenden der Fachtagung „Bildung statt Abschiebung“ am 4. März 2026 in Frankfurt am Main.

Die aktuelle Migrationsdebatte nimmt auch in Hessen erschreckende Züge an. In ihrer Absicht, möglichst viele Geflüchtete abzuschieben, verlassen sowohl die Bundes- als auch die Landesregierung den menschenrechtlichen Konsens, auf dem die Bundesrepublik nach dem Ende der NS-Herrschaft aufgebaut wurde.

Mit Entsetzen und Unverständnis stellen wir fest, dass es gegenüber Geflüchteten und Migrant*innen zu wiederholten Rechtsverstößen oder mindestens Rechtsumgehungen durch gewählte Politiker*innen und Behörden kommt: Zurückweisungen an den Grenzen entgegen geltendem EU-Recht, die rechtswidrige Vorenthaltung von Duldungen, die Zerstörung von Integrationskursstrukturen durch den Stopp von Kurszulassungen sowie geplante Überwachungsmaßnahmen gegen Geflüchtete, die mit dem Grundgesetz unvereinbar sind.

Auch im Bildungsbereich macht diese Politik nicht Halt. Geplante Kürzungen bei der Beschulung von Schüler*innen mit geringen Deutschkenntnissen und beim Sozialindex treffen diejenigen am härtesten, die auf Förderung am meisten angewiesen sind. Zugleich werden Kinder und Jugendliche abgeschoben, obwohl sie gut integriert sind und zur Schule gehen oder eine Ausbildung aufnehmen wollen.

Wir, die Teilnehmenden der Fachtagung „Bildung statt Abschiebung“, fordern:

- 1. Ein Ende der integrationsfeindlichen Abschiebep Praxis – insbesondere bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen in schulischer oder beruflicher Ausbildung.**
- 2. Die uneingeschränkte Umsetzung bestehender Bleiberechtsregelungen.**
- 3. Die konsequente Umsetzung der im Koalitionsvertrag angekündigten Einzelfallberatungen für Migrant*innen in Hessen.**
- 4. Keine Abschiebung von Kindern und Jugendlichen aus Kita, Schule oder Ausbildung!**

Kinder und Jugendliche haben – unabhängig von ihrem Aufenthaltsstatus – ein Recht auf Bildung. Wir setzen uns dafür ein, dass dieses Recht in Hessen endlich uneingeschränkt gewahrt wird.

Allen Versuchen, Politik auf dem Rücken geflüchteter Menschen zu machen und die Grenzen des Sag- und Durchsetzbaren immer weiter zu verschieben, stellen wir uns entschlossen entgegen. Wir stehen an der roten Linie!

Wir fordern Politiker*innen aller Parteien auf, sich diesen Forderungen anzuschließen und ihr politisches Handeln daran auszurichten!